

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 21. Oktober 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

B 63 B Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2026–2029; mit Entwurf Voranschlag 2026 - Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2026 des Kantons Luzern / Finanzdepartement

Antrag PFK: Antrag auf Rückweisung.
Die Regierung hat den Voranschlag 2026 auf die Dezemberession 2025 zu überarbeiten. Im Budgetjahr 2026 soll im Bereich H0 das Ausgabenwachstum (Basis Budget 2025) grundsätzlich maximal dem Wirtschaftswachstum von 1,2% entsprechen. Auch in den Bereichen H1–H8 soll im Budgetjahr 2026 das Wirtschaftswachstum Basis für das Ausgabenwachstum bilden, wobei gebundene Ausgaben, mengenwachstumsbegründete Ausgabensteigerungen (proportional) und folgende politisch gewollte Ausgabensteigerungen die Ausnahme bilden: 1. Mobilitätsfinanzierung, 2. Standortförderung, 3. Ausbau Justiz und Polizei.

Ruedi Amrein: Der Antrag auf Rückweisung kommt aus der PFK und wurde mit 12 zu 5 Stimmen überwiesen. Das Stimmverhältnis kann ohne Namen zu nennen leicht ausgerechnet werden. Die Argumente muss ich nicht wiederholen, die Fraktionen haben sich bereits ausführlich dazu geäussert. Ich bitte Sie, dem Antrag der PFK zu folgen.

Andreas Bärtschi: Jetzt kommen wir zu dem Antrag, über welchen wir schon lange sprechen wollten und über den einige bereits gesprochen haben. Es wurde mehrmals von Leistungskürzungen, Kürzungen und Sparen gesprochen. Das ist nicht korrekt. Wir wollen das Ausgabenwachstum bremsen. Es wurde uns mehrmals vorgeworfen nicht zu sagen, wo wir das möchten. Auch das ist nicht korrekt. Wir haben das korrekterweise in der PFK getan. Die Gesamtregierung hat an der PFK-Sitzung teilgenommen. Wir haben jedem Departementsvorsteher und jeder Departementsvorsteherin konkrete Themen mitgegeben, bei denen es unserer Meinung nach gilt hinzuschauen. Alle Fraktionen können bei ihren PFK-Mitgliedern nachfragen oder das Protokoll lesen. So sollen beispielsweise für die Digitalisierung über 50 Personen neu angestellt werden. Wir sind der Meinung, dass ein so rascher und grosser Zubau innerhalb eines Jahres nicht mit qualifizierten, guten Fachkräften erfolgen kann. Im Bereich Künstliche Intelligenz (KI) möchte man sieben neue Stellen. Auch diesbezüglich stellen sich uns Fragen. Zurzeit erfolgt in jedem Departement eine Aufgabenüberprüfung bis auf Stufe Dienststelle. Dabei findet eine Priorisierung statt, welche Aufgaben überprüft werden sollen. Wenn man aber eine neue Aufgabe einführen will, erfolgt das direkt über das Ganze. Das Personalwachstum ist so gross, dass sogar die Personalunterstützung im Finanzdepartement (FD) ausgebaut werden müsste. Für das Zentrale Verwaltungsgebäude werden sieben zusätzliche Stellen im Facility-Management

benötigt, obwohl man mit dieser Zentralisierung Kosten einsparen möchte. Im Rahmen der Beratung in der PFK haben wir der Regierung also verschiedene Inputs mitgegeben, so, wie das unser politisches System vorsieht. Die FDP-Fraktion unterstützt den Rückweisungsantrag in der vorliegenden Form.

Priska Fleischlin: Nach der langen gestrigen Debatte dürfte es Sie nicht überraschen, dass die SP über die Vorgehensweise und den Rückweisungsantrag der PRK aus mehreren Gründen äusserst irritiert ist und wir diesen ablehnen. Wir haben auch vom Regierungsrat gehört, dass die Ungenauigkeit des Antrags sehr schwierig und gefährlich ist. Jetzt sitzen aber hier Personen und Parteien, die eine andere Sicht auf diese Dinge haben. Ich gehe gerne auf drei zentrale Punkte ein. Koppelung an das Wirtschaftswachstum: Die Bindung des Voranschlags ans Wirtschaftswachstum innerhalb eines einzigen Budgetjahres entzieht sich jeglicher politischer und wirtschaftlicher Logik. Kein gesundes und starkes Unternehmen würde Mitte Oktober sein fachlich verifiziertes Budget für das Folgejahr derart drosseln und alle Abteilungen über zweieinhalb Monate hinweg auf künstliche Verknappung trimmen, ohne klar zu sagen, wo gestrichen werden soll. Die undifferenzierte Vorgehensweise gefährdet die Grundversorgung in zentralen Bereichen wie Gesundheit und Umwelt und kann auch auf die Landwirtschaft Auswirkungen haben. Soziale Sicherheit und Kultur: Sieben Jahre lang hatten wir deutlich positive Jahresabschlüsse, und die Sparmassnahmen von 2012 wurden bis heute nicht vollständig aufgeholt. Sie haben in meinem Eintretensvotum zum AFP gehört, dass immer noch 10 000 Personen weniger Zugang zur individuellen Prämienverbilligung (IPV) haben als im Jahr 2012. Die Mengenausweiterungen und die Erfüllung von staatlichen Aufgaben verlaufen nicht synchron zur Konjunktur. Gesellschaftliche Bedürfnisse wie Bildung, Pflege oder psychische Gesundheit entstehen unabhängig von der wirtschaftlichen Lage. Eine Fixierung auf das Wirtschaftswachstum führt zwangsläufig zur Unterfinanzierung von zentralen staatlichen Aufgaben und verstärkt die soziale Ungleichheit. Demografisches Wachstum: Die Bevölkerung wird bis 2050 13 bis 30 Prozent wachsen. Das sind Mehrausgaben, und diese sollte man jetzt vornehmen für eine qualitativ gute Bildung, für eine starke Pflege, für effiziente kantonale, sprich auch digitalisierte Departemente. Aber wie ist das jetzt, geschätzte bürgerliche Mehrheit? Ist das jetzt auch mengenwachstumsbegründet? Es sind ja mehr Leute. Die Prämienerhöhung der Krankenkassen werden auch mehr, ist das jetzt auch mengenwachstumsbegründet? Wir wissen nicht, was alles der Klimawandel noch mit sich bringt. Ich möchte nur noch auf etwas eingehen. Wir haben hier ein paar Mal gehört, dass Sie mit 81 Stimmen einen bürgerlichen Schulterschluss haben. Sie haben es aber fertig gebracht, einen unklaren Antrag einzureichen, und wir fast einen Tag lang darüber zu diskutieren, weil dieser so unklar ist. Wir haben unsere Anträge eingereicht, um Klarheit und Sicherheit zu schaffen. Sie haben eine Wand gebaut, nicht mit uns debattiert und Machtspiele mit uns gespielt.

Roger Erni: Vor genau einem Jahr habe ich in Kriens als Finanzchef einen budgetierten Gewinn von 15 Millionen Franken präsentiert. Das Parlament, der Einwohnerrat, wies diesen ohne konkrete Hinweise zurück. Grund dafür war ein nicht demütiges Ausgabenwachstum. Zwei Monate später habe ich beziehungsweise der Stadtrat ein Budgetplus von 20 Millionen Franken präsentiert. Wo das Ausgabenwachstum verkleinert werden kann, weiss am besten und ausschliesslich der Regierungsrat. Niemand hat dem Stadtrat Kriens gesagt, wo Einsparungen gemacht werden müssen. Die Bemerkung lautete: «Bitte zurück an den Stadtrat, 6 bis 8 Millionen Franken sparen.»

Reto Frank: Wie wir in unserem Eintretensvotum bereits erklärt haben, sind die Ausgaben besonders im Blick zu halten. Die wirtschaftliche Entwicklung ist zwar noch gut, kommt aber zunehmend unter Druck. Daher sind die vorhandenen personellen Ressourcen nicht weiter

auszubauen. Nicht nur deshalb, sondern auch um mehr Effizienz Raum geben zu können. Wir sind überzeugt, dass das wirtschaftliche Wachstum eine gute Richtschnur und geeignet ist, um die Ausgaben im Mass halten zu können. Den Blick auf 2050, wie soeben von der SP-Fraktion gemacht, finde ich doch etwas weit in die Zukunft geschaut. Bis dorthin müssen wir auch nicht planen. Wir sollten uns aber für Akzente bei den Ausgaben und Prioritäten zugunsten der Sicherheit, Mobilität und Standortförderung einsetzen und für die Entwicklung des Kantons Luzern, die sehr wichtig ist und der Bevölkerung dienen soll. Aus all diesen Gründen und den Gründen der anderen bürgerlichen Parteien soll dem Antrag der PFK zugestimmt werden, damit die Ausgabenplanung in den nächsten Jahren entsprechend geschärft und priorisiert werden kann.

Daniel Piazza: Die Essenz des Rückweisungsantrags und auch unser politischer Wille ist die Reduktion des Ausgabenwachstums. Das ist ein Anliegen, an dem wir seit vier Jahren in Form von Bemerkungen immer wieder festgehalten haben und in sieben von zehn Jahren mit der Ablehnung des AFP kundgetan haben. Es ist für uns ein Akt des Masshaltens und eine Reduktion des Risikos im Kontext der zahlreichen Unsicherheiten. Mass halten heisst für uns, das BIP als Massstab zu nehmen. Dabei ist das Bevölkerungswachstum, die Teuerung und die Wirtschaftskraft integriert. Wir haben auf diese Session hin eine Positivliste erstellt. Diese ist nicht abschliessend. Der Regierungsrat wird gebeten, den politischen Willen der Mehrheit unseres Kantonsrates umzusetzen. Aus unserer Sicht ist an dieser Stelle alles klar. Wir werden uns in der Dezember-Session zur Verabschiedung und Behandlung des Voranschlags 2026 wieder treffen.

Fabrizio Misticoni: Ich habe es im Eintreten angetönt, und aus unserer Sicht ist es so eingetroffen: Sie haben es im Verlauf der Debatte nicht vollends geschafft, vielleicht auch nicht gewollt, für Klarheit zu sorgen. Wir haben uns jetzt die ganze Debatte darüber gestritten, wie dieser Antrag zu verstehen ist. Man zählt zum einen drei Bereiche auf, die sicher nicht gekürzt werden sollen. Gleichzeitig hörte man aber auch die Aussage, es sei keine abschliessende Liste und es seien keine Leistungen zu streichen, die den Menschen wichtig seien. Diese Unklarheit scheint nicht nur unser Eindruck zu sein. Anhand der Reaktionen auf der Regierungsbank zeigt sich auch, dass die mündlichen Äusserungen und der schriftliche Antrag nicht komplett kongruent sind und unterschiedlich interpretiert werden können. Es ist deshalb aus unserer Sicht eine verpasste Chance, dass dieser Antrag nicht nochmals mittels einer klareren Formulierung eingebracht wurde. Aber wie dem auch sei: Wir werden uns jetzt nicht einig sein und auch innerhalb von ein paar Minuten nicht einig werden. Dieser Rückweisungsantrag ist aber nur der Auftakt für eine weitere Debatte. Ich appelliere an alle: Die nächsten Wochen werden intensiv und wichtig. Es liegt in der Verantwortung von uns allen, in den kommenden Fachkommissionssitzungen und auch in der Budgetdebatte im Dezember Verantwortung zu übernehmen, miteinander zu sprechen und spätestens dort klar sagen zu können, wo gekürzt werden soll und wo nicht. Entscheidend scheint mir dabei auch, dass wir als Parlament anlässlich der Debatte im Rat der Öffentlichkeit erklären, welche Beweggründe zu diesem Entscheid geführt haben. Diese Verantwortung als Parlament müssen wir wahrnehmen, unabhängig davon, wie wir jetzt abstimmen. Egal, ob man diesen Antrag klar ablehnen wird, ihm mit etwas zitternden Fingern zustimmt oder den Voranschlag mit Entschiedenheit zurückweist. Es liegt an uns als Parlament, diesen Auftrag der Bevölkerung gegenüber mit Transparenz und Verantwortung umzusetzen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Retò Wyss: Es wird sie vermutlich nicht wundern, dass der Regierungsrat Sie bittet, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Wir sind der Ansicht, dass wir Ihnen ein realistisches Budget vorgeschlagen haben. Die Inhalte basieren auf den Diskussionen der letzten Jahre und

Monate, sei dies im Rahmen von Gesetzesanpassungen, Planungsberichten oder Vorstössen, die Sie überwiesen haben. Wenn wir diese politischen Diskussionen umsetzen wollen, benötigen wir die entsprechenden finanziellen Mittel.

Es folgen Fraktionserklärungen.

Für die SP-Fraktion spricht Simone Brunner.

Simone Brunner: In was für einer Welt leben wir? In einer Welt, die sich ständig verändert – in der vieles unvorhersehbar ist, Ereignisse plötzlich auftauchen und bleiben oder schnell wieder verschwinden. In dieser volatilen Umgebung gestalten wir Politik: gestern, heute und morgen. Inmitten dieser Dynamik schreibt der Kanton Luzern positive Rechnungsabschlüsse – mit Überschüssen von bis zu 290 Millionen Franken. Nach Jahren schmerzhafter Abbaumassnahmen und Leistungskürzungen hat der Kanton in diesem Kontext und dieser volatilen Umgebung seine finanzielle Handlungsfähigkeit zurückgewonnen. Vor dem Hintergrund, dass wir immer in einem Umfeld Politik machen und nicht erst in der Zukunft, ist es unverständlich und aus unserer Sicht auch verantwortungslos, was die bürgerliche Mehrheit in der PFK betreibt. Der AFP ist unser zentrales Planungsinstrument, das den finanziellen und strategischen Kurs unseres Kantons vorgibt. Im Rahmen des Planungsberichts B 30 über die politische Kultur und Zusammenarbeit im Kanton Luzern wurde anlässlich der Beratung 2020 eine laufende Entwicklungsmassnahme festgehalten. Diese lautet: «Das Mitberichtsverfahren soll gestärkt werden, um die Zusammenarbeit zwischen den Fachkommissionen, der Planungs- und Finanzkommission (Pfk) und der Regierung zu verbessern.» Umso befremdlicher ist es, dass die Pfk nun genau diese beschlossene Kultur der Zusammenarbeit missachtet. Sie übergeht die Arbeit der vorberatenden Fachkommissionen, die den Voranschlag mit minimalen Korrekturen grossmehrheitlich unterstützt haben. Ihre finanzpolitische Ideologie übersteuert den fachlichen Kompromiss. Dieses Vorgehen ist nicht nur politisch befremdlich, sondern auch ein Bruch mit dem Geist des Ratsbeschlusses von 2020, mit dem sich das Parlament klar zu einer konstruktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit bekannt hat. Viele der bürgerlichen Pfk-Mitglieder und auch alle Fraktionschefs waren schon damals dabei, als der Planungsbericht beschlossen wurde. Sie können also nicht so tun, als ob Sie diesen Beschluss nicht kennen würden. Geschätzte Mitglieder aus den Fachkommissionen: Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, aber wenn unsere Pfk-Vertretung der SP ein solches Vorgehen orchestrieren würde, ohne dass ich informiert wäre, ich kann es nicht anders sagen, ich wäre «butz hässig». Zum Rückweisungsantrag: Der Rückweisungsantrag ist ein Ausdruck von Planlosigkeit. Diese Feststellung hat sich schon gestern und heute während der Debatte einmal mehr bestätigt. Zu den ausgenommenen Bereichen: Willkürlich nennen Sie in Ihrem Rückweisungsantrag drei Bereiche, die von den Kürzungen ausgenommen werden sollen: die Standortförderung, die nicht einmal politisch legitimiert ist, die Mobilitätsfinanzierung sowie Justiz und Polizei. Angeblich gibt es weitere Aspekte, die Sie in der Pfk aufgeführt haben. Aber alles, was in der Pfk geschieht, bleibt vertraulich. Es handelt sich scheinbar um eine informelle Abmachung zwischen der Regierung und der Pfk, wenn Sie weitere Bereiche definiert haben, die geschützt und nicht angerührt werden sollen. Darüber erfahren die Bürgerinnen und Bürger des Kantons nichts. Es steht auch nicht im Antrag. Zudem habe ich erfahren, dass bilaterale Gespräche zwischen der Regierung und einzelnen Fraktionsmitgliedern darüber laufen, welche Bereiche nicht angetastet werden sollen. Wenn Sie diese informellen Gespräche führen, erfährt die Bevölkerung Ihre Absichten nicht. Es kommt zu informellen Absprachen und das ist keine transparente Politik. Eines aber wird beim Lesen der drei Bereiche klar, die Sie in Ihrem Rückweisungsantrag aufgeführt haben: Wirtschaftliche Interessen werden geschützt, während gesellschaftlich zentrale Aufgaben in der Gesundheit, im Sozialen, in der

Bildung und im Umweltschutz dem Rasenmäher zum Opfer fallen sollen. Das hat sich auch in der Diskussion zu unseren Bemerkungen gezeigt. Die Regierung und das Parlament haben mit dem Legislaturprogramm einen gemeinsamen Kompass. Unsere gemeinsamen Errungenschaften in Form von diversen Planungsberichten – teils noch auf Papier, teils bereits in Umsetzung – können wir eigentlich direkt in den Abfall werfen. Die Idee, das staatliche Ausgabenwachstum ans Wirtschaftswachstum zu koppeln, entbehrt jeglicher ökonomischen Logik, wir haben es heute gehört. Wir haben gestern aber auch gehört, dass nicht einmal Sie mehr so sicher sind, ob es die richtige Kennzahl ist. Heute haben wir auch gehört, dass man die Zahl etwas grosszügiger interpretieren könne, vielleicht seien es 1,2 Prozent oder ein bisschen mehr. Im Antrag steht 1,2 Prozent aber jetzt darf es mehr sein? Sehr gerne, aber dann schreiben Sie es im Antrag auch entsprechend. Das ist nicht das, was die Bevölkerung hört, sondern das Mengenwachstum, das in Zukunft eingehalten werden soll. Wenn Sie aber hinter den Kulissen daran arbeiten, dass es mehr sein darf, ist das ein sehr intransparentes Vorgehen. Gesellschaftliche Bedürfnisse verlaufen nicht entlang der Konjunktur. Wenn die Bevölkerung wächst, wenn der Bedarf an Pflege steigt aufgrund der soziodemografischen Veränderung, da die Bevölkerung auch in unseren Kanton immer älter wird, wenn mehr Schülerinnen und Schüler zur Schule gehen, wenn die psychische Gesundheit plötzlich zum grossen Thema wird, dann kann der Staat nicht einfach sagen: Es tut uns leid, aber das BIP ist nicht mitgewachsen. Dasselbe gilt für ausserordentliche Ereignisse wie zum Beispiel die Corona-Pandemie, beziehungsweise deren langfristigen Auswirkungen, für die wir heute noch finanzielle Mittel einstellen müssen. Auch das läuft entlang dem Wirtschaftswachstum. Eine solche Fixierung auf Wirtschaftskennzahlen führt zu Unterfinanzierungen in zentralen Bereichen und vertieft soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Finanzpolitik braucht eine vorausschauende Planung, das wollen alle in diesem Rat, aber mit einer unterschiedlichen Vorgehensweise. Für die vorausschauende Planung braucht es gesellschaftliche Prioritäten, aber die erreichen wir nicht mit einer technokratischen Formel, sondern mit fachlichen Auseinandersetzungen. Und noch etwas: Die PFK nimmt bei diesem Thema die Diskussion zur Motion M 495 vorweg, über die wir nächste Woche diskutieren werden. Wir haben in diesem Rat noch nicht über das BIP diskutiert. Vom Parlament wurde noch nichts beschlossen, denn es handelt sich um einen pendenten Vorstoss. Die PFK nimmt an, dass sie im Rat die Mehrheit hat und orientiert sich entsprechend an dieser Kennzahl. Zum Punkt der gebundene ungebundene Ausgaben: Wer gebundene und ungebundene Ausgaben gegeneinander ausspielt, gefährdet die politische Handlungsfähigkeit und auch die Standortattraktivität vielleicht in einem etwas breiteren Verständnis als Ihrem. Die Unterscheidung ist nicht so trennscharf, wie es auf den ersten Blick scheint. Ich zitiere: «Eine Ausgabe ist freibestimbar, wenn bezüglich ihrer Höhe, des Zeitpunkts ihrer Vornahme oder anderer Modalitäten eine verhältnismässig grosse Handlungsfreiheit besteht. Eine Ausgabe ist gebunden, wenn sie nicht freibestimbar im Sinn von Absatz 1 ist.» Können Sie mir auf Anhieb sagen, welche Massnahmen zur Erbringung von gesetzlichen Leistungen gebunden sind und welche nicht? Wohl die Wenigsten. Wenn das so einfach wäre, hätten Sie die Möglichkeit gehabt, das in den Fachkommissionen zu sagen. Und wenn nicht in der Fachkommission, dann in der PFK. Stattdessen spielen Sie den Ball der Regierung zu, die Kürzungen vornehmen soll. Sie weigern sich bis heute zu sagen, welche Trümpfe Sie in der Hand halten. Immerhin hat Andras Bärtschi eben zwei, drei Beispiele von möglichen Kürzungen genannt. Aber bis auf diese drei Beispiele habe ich auch von der Mitte nichts gehört. Was wollen Sie eigentlich? Sie bleiben uns und der Bevölkerung eine Antwort schuldig. Die frei bestimmbaren Mittel sind der eigentliche Gestaltungsspielraum unserer Demokratie. Diese entscheiden darüber, wie attraktiv unser Kanton ist. Ob wir innovativ und

zukunftsfähig sind. Ob wir ein bisschen mehr tun, beispielsweise in der Prävention oder um langfristig gesehen Folgekosten zu finanzieren, die viel teurer sind. Mit den frei bestimmbaren Mitteln finanzieren wir auch Vorhaben, die unser Rat gemeinsam beschlossen hat. Wir Linken erreichen nichts in diesem Rat, ohne dass mindestens zwei bürgerliche Parteien diesen Vorhaben zustimmen. Was ist unsere politische Arbeit noch wert, wenn Sie einfach Kürzungen verlangen, ohne zu sagen, was Sie kürzen wollen? Also fahren Sie mit dem Rasenmäher über politisch legitimierte Investitionen, über Massnahmen zur psychischen Gesundheit von Kindern, über die IPV, über Gleichstellung oder Klimapolitik. Sie gefährden heute die Versorgungssicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in eine verlässliche Politik. Während bei gesellschaftlich zentralen Leistungen gekürzt wird, planen Sie Hunderte Millionen von Franken für Steuersenkungen. Hunderte Millionen von Franken für Subventionen an Grosskonzerne, die Gewinne in Millionen- wenn nicht gar Milliardenhöhe erzielen. Das ist eine verantwortungslose Finanzpolitik, das ist Umverteilung von unten nach oben. Die SP des Kantons Luzern und somit unsere Fraktion steht für eine sozial gerechte, verlässliche und zukunftsorientierte Finanzpolitik. Wir sagen klar Nein zu kopflosen Kürzungen und technokratischen Experimenten. Wir sagen klar Ja zu einem handlungsfähigen, solidarischen Kanton Luzern, der seine Verantwortung gegenüber den Menschen im Kanton ernst nimmt. Darum lehnt die SP-Fraktion den Rückweisungsantrag entschieden ab. Wir setzen uns weiterhin ein für eine Finanzpolitik mit Weitblick – für einen Kanton, der nicht nur seine Bilanzen, sondern auch die Lebensqualität und die Sorgen und Nöte seiner Bevölkerung im Blick hat und sich nachhaltig und umsichtig darum kümmert.

Für die Grüne Fraktion spricht Laura Spring.

Laura Spring: Es ist interessant, was bezüglich der Budgetierung alles geschehen ist, seit wir den AFP für das Planjahr 2026 letztes Jahr beraten haben. Die Departemente haben ihre Aufgabe wahrgenommen und eine realistische Planung vorgenommen, wie sie ihre Aufgaben budgetieren können. Ich gehe davon aus, dass in den Departementen sehr genau abgeklärt wurde, wofür die Gelder eingesetzt werden. Der Regierung gehören Personen an, die früher in der Finanzpolitik als Hardliner bekannt waren. Ich habe sehr viel Vertrauen in die Regierung, dass sie sehr gute Arbeit geleistet und jeden Franken umgedreht hat. Daran zweifelt die Grüne Fraktion nicht. Es geht auch um Vertrauen. Anlässlich der gestrigen Debatte über die Nachtragskredite haben wir gesehen, wie wichtig es ist, dass wir nicht unzählige Nachtragskredite bewilligen müssen. Zudem gibt es auch die bewilligten Kreditüberschreitungen im laufenden Jahr, die unser Rat nicht genehmigen muss. Auf diese Instrumente greift der Regierungsrat wohl kaum gerne zurück, sondern er tut es, weil er muss. Deshalb ist eine realistische Budgetierung wichtig. Das hat die Regierung getan. Wenn wir nun diese «Milchbüchli-rechnung» machen und sehen, was letztes Jahr im AFP eingestellt war und was nun budgetiert wurde, landen wir bei rund 300 Millionen Franken Mehrausgaben in der Differenz. Das ist ein grosser Betrag, das anerkennen wir Grüne. Gehen wir nun aber einen Schritt weiter und setzen den formulierten Rückweisungsantrag um und nehmen die gebundenen Ausgaben, mengenwachstumsbegründete Ausgabensteigerungen sowie die Mobilitätsfinanzierung, die Standortförderung und den Ausbau Justiz und Polizei davon aus. Ich habe versucht, diese Rechnung zu machen und auch mit Daniel Piazza Rücksprache genommen. Wir sind bei rund 30 bis 50 Millionen Franken gelandet. Vielleicht ist es auch weniger, so genau kann ich das nicht ausrechnen, denn ich gehöre nicht der Regierung an. Die Regierung wird das schaffen, auch mit den Unsicherheiten in Bezug auf die Berechnung des BIP. Wenn wir diesen Betrag aber einordnen wollen, landen wir nahe bei den 21,7 Millionen Franken, die wir gestern bewilligt haben. Die bewilligten Kreditüberschüsse sind dabei noch nicht eingerechnet. Deshalb setze ich ein grosses Fragezeichen hinter diese

Übung, über die wir zurzeit diskutieren. Ich bin jetzt schon gespannt, wie die Nachtragskredite nächstes Jahr ausfallen werden, denn die Realität wird den Kanton Luzern einholen. Wenn wir dem Rückweisungsantrag zustimmen, öffnen wir ein Fass mit Auswirkungen, die uns nicht bekannt sind. Wir wissen nicht genau, was wir hier beschliessen. Die Bevölkerung weiss es ebenfalls nicht. Wir sollten uns ernsthaft fragen, wer und was davon betroffen sein wird. Wir haben bereits einen Hinweis erhalten. Die FDP-Fraktion möchte bei der Digitalisierung sparen. Das liefert mir einen richtigen Steilpass. Die Jungfreisinnigen haben eine Initiative eingereicht mit dem Slogan: «Sogar mein Grosi ist digitaler als der Kanton». Das ist eine Ansage, mir gefällt es, wenn Junge Politik betreiben. Ich finde auch das Ziel der Initiative gut. Mit Einsparungen bei der Digitalisierung bremst unser Rat aber genau dort ab, wo man vorwärts machen müsste. Die Digitalisierung ist ein einfaches Opfer, niemand demonstriert deswegen morgen auf der Strasse. Digitalisierung ist ein Mega-Trend, ob man das jetzt gut findet oder nicht. Wir haben in diesem Rat 2022 eine positive, zupackende, aber nicht naive Digitalstrategie verabschiedet. Mit den Kürzungen gefährden Sie nun den eingeschlagenen Weg. Ich soll ja nicht von Kürzungen sprechen, sondern von abgebremstem Wachstum, das habe ich verstanden. In diesem Thema ist der Freisinn besonders aktiv. Ich bin gespannt, wie Sie den Jungfreisinnigen erklären wollen, dass Sie bei der Digitalisierung abbremsen und der Slogan auf «Sogar mein Urgrosi ist digitaler als der Kanton» geändert werden muss. Die Jungfreisinnigen werden nicht begeistert sein. Die öffentliche Hand hat die Digitalisierung während der letzten 30 Jahre den Privaten überlassen. Der Kanton ist in diesem Punkt nicht handlungsfähig. Er baut keine Kompetenzen auf und kann seine Strukturen nicht modernisieren. Auch im wichtigen Bereich der KI wollen Sie sparen. Wir hätten jetzt die Chance, punktuell in Kompetenzen, eine moderne Verwaltungskultur und Technologien zu investieren. Die Bevölkerung erwartet das von der öffentlichen Hand. Ein weiteres wichtiges Thema, über das wir in dieser Debatte noch nicht gesprochen haben, sind die finanziell schlechter gestellten Regionen und Gemeinden. Mit Besorgnis erwarten wir Grünen auch Effekte auf diese Regionen. Gerade in den Regionen stehen wichtige Investitionen an. Ein Beispiel zur Illustration, was es in der Vergangenheit für Folgen hatte, wenn gespart oder das Wachstum gebremst werden musste: die Lammschlucht. Dieses Projekt wurde 2007 beschlossen und ist seit 2011 im AFP eingestellt. Ende 2025 wurde die 1. Etappe fertig und es dauert noch lange, bis dieses Projekt abgeschlossen ist. Die Mobilität ist zwar von diesen Einsparungen ausgenommen. Ich habe Ihr Abstimmungsverhalten beobachtet, als es um die Bemerkung ging, die ursprünglich von der VBK stammt und mit der sichergestellt werden sollte, dass der Kanton Luzern mögliche Einsparungen des Bundes auffängt. Der öV hat in den Randregionen einen sehr schweren Stand. Wenn wir dort sparen, stehen wir in diesen Regionen vor einer Herausforderung. Das ist ein gleiches Beispiel wie es Simone Brunner eben genannt hat: Die Fachkommission arbeitet etwas aus, das nachher von der PFK und unserem Rat ignoriert wird. Die Finanzierung des öV ist sehr kompliziert, je nachdem, was Sie heute entscheiden, hat das auch in diesem Bereich Auswirkungen. Auch Jugendliche und Familien werden stark betroffen sein. Sie profitieren von vielen Präventionsprogrammen der verschiedenen Departemente in den Bereichen Bildung, Gesundheit oder Sicherheit. Die Regierung unterstützte in diesen Bereichen mehrere Bemerkungen der SP-Fraktion. Das zu Recht, aber leider ohne, dass die Mitte, die FDP oder die SVP das aufgenommen haben. Aber gerade dort stehen wir als Kanton vor grossen Herausforderungen. Es ist uns Grünen sehr wichtig zu betonen, dass wir im Gesundheitsbereich Einsparungen ganz grundsätzlich ablehnen, insbesondere im Bereich der Präventionsarbeit. Gerade bei den ungebundenen Ausgaben handelt es sich häufig um Präventionsprojekte. Die Zahlen zeigen es dramatisch und auch Sie erleben es in Ihrem

Umfeld: In fast allen Familien sind ein oder mehrere Mitglieder von einer psychischen Belastung oder Krankheit betroffen. Davon sind alle Bevölkerungsgruppen betroffen, aber nicht alle haben die gleichen Möglichkeiten, an Hilfe zu gelangen. Gerade Familien sind von verschiedensten Faktoren wie fehlendem Wohnraum oder Gesundheitskosten betroffen. Ich spreche absichtlich von Familien, denn ich glaube, dass unserem Rat eine Partei angehört, die sich speziell um dieses Wählerinnen- und Wählersegment kümmert. Mit dem heutigen Rückweisungsantrag reissen wir die Schere weiter auf. Wir beschliessen Steuersenkungen und kürzen gleichzeitig Programme, die für die Luzerner Bevölkerung zentral sind. Es wurde mir gesagt, dass wir Linken keine finanzpolitische Verantwortung wahrnehmen. Das weise ich zurück, denn wir tun das. Seit Ihre Anträge vorliegen, habe wir sehr viel Zeit investiert, um Ihre Überlegungen und Anliegen möglichst präzis zu prüfen und nachzuvollziehen und uns zu überlegen, wie wir dazu stehen. Das haben wir sehr gewissenhaft und sorgfältig getan. Das ist uns Grünen wichtig, wir nehmen alle Fraktionen ernst, auch unsere politischen Gegnerinnen und Gegner. Das ist für uns auch die Basis einer guten Zusammenarbeit. Leider gehen wir heute mit mehr Fragen als Antworten aus dieser Debatte. Wir haben verstanden, dass die Mitte-Fraktion die Rückweisungsübung anders versteht als die FDP- und die SVP-Fraktion. Wobei die SVP-Fraktion diesbezüglich die grösste Glaubwürdigkeit hat, weil sie viele der Anliegen, die nun von den Budgetkürzungen betroffen sein werden, auch politisch nie unterstützt hat. Fair enough, das ist eine konsequente Politik. Zusammen mit der Mitte- und der FDP-Fraktion haben wir in den letzten Jahren tatsächlich in verschiedenen Bereichen neue Leistungen bestellt. Mehr Staat, mehr Lebensqualität für die Luzerner Bevölkerung, mehr Verantwortung, sodass in diesem Kanton alle in Freiheit und Würde leben können. Diese kleinen, aber wichtigen Schritte begrüssen wir und sie sind uns sehr wichtig in dieser Zusammenarbeit. Die Rückweisung des Budgets rüttelt am Vertrauen, das die Basis dieser Zusammenarbeit darstellt und erzeugt. Veränderungen umsetzen braucht Vertrauen. Dieses Vertrauen setzen Sie heute mit dieser Rückweisung aufs Spiel. Das Ausmass der Konsequenzen werden wir erst in der Dezember-Session sehen. Ich möchte den Aufruf von Fabrizio Misticoni bestärken: Wir haben die Chance, in den Kommissionen bessere Arbeit zu leisten als gestern und heute. Wir können konkret über alles diskutieren, damit alle verstehen, was geschieht. Wir sollten gemeinsam, finanzpolitisch vorausschauend und verantwortungsvoll für den Kanton entscheiden. Die Rückweisung ist das Gegenteil davon.

Für die Mitte-Fraktion spricht Adrian Nussbaum.

Adrian Nussbaum: Unser Rat hat im Jahr 2022 eine gezielte Priorisierung der Ausgaben beantragt, schon damals, weil wir mit der Steigerung des Ausgabenwachstums nicht einverstanden waren und dieses als zu hoch einstuften. Ein Jahr später, 2023, haben wir das Gleiche beantragt, damals verbunden mit der Forderung einer Grössenordnung. Zudem forderten wir, dass im Voranschlag die Möglichkeit bestehen muss, den Steuerfuss auf 1,5 Einheiten senken zu können. Im letzten Jahr haben wir die Forderung wiederholt. Damals mit einer technischen Ergänzung, welche forderte, dass die Erhöhung im Budgetjahr – wichtig, im Vergleich zum AFP aus dem Vorjahr – detailliert begründet werden muss. Dies analog zu den Nachtragskrediten, wo ebenfalls begründet werden muss, ob oder weshalb die Erhöhungen nicht kompensiert werden können. Wir alle wissen, dass diese Forderungen nicht umgesetzt wurden. Wenn wir die Entwicklung des AFP der letzten vier oder fünf Jahre anschauen, dann frage ich mich ernsthaft, weshalb unser Rat überhaupt eine 4-jährige Finanzplanung macht. Wie bereits gestern gesagt, führen wir die Budgetberatung bewusst im Oktober durch, damit wir Zeit haben, um den Voranschlag zurückzuweisen und eine Session später über das Budget diskutieren zu können, ohne einen budgetlosen Zustand zu riskieren. Ich bin sehr erstaunt, dass die Möglichkeit der Rückweisung so stark kritisiert wird. Machen

wir uns doch nichts vor: Wenn die Regierung in Zukunft weiss, dass das Parlament ausschliesslich über die Jahre 2 bis 4 im AFP diskutiert, besteht nicht das Risiko, dass die Regierung ausgerechnet im Jahr 1 einen Leistungs- und Ausgabenausbau nach ihrem Gusto einsetzt? Zusammengefasst enthält dieser Rückweisungsantrag für die Mitte-Fraktion zwei Motivationspunkte. Erstens: Wir kritisieren nicht das Ausgabenwachstum, sondern das Ausmass und die Steigung des Ausgabenwachstums. Zweitens: Wir kritisieren seit Jahren, dass das grösste Wachstum im Vergleich zum Vorjahres-AFP im Budgetjahr eingestellt wird. Die Rückweisung ist somit die einzige richtige Massnahme, um das finanzpolitische Heft in unserem Rat wieder in die Hand zu nehmen. Das ist übrigens nicht die Haltung einer Gruppe aus der PFK oder einer Kommission, sondern die Haltung unserer Fraktion. Ich darf Sie daran erinnern, dass wir für solche Entscheide eine Fraktionssitzung durchführen. Wir haben gestern und heute bald während acht Stunden über unsere Finanzpolitik diskutiert. Ich erlaube mir ein paar Dinge klarzustellen und einige Behauptungen und Unterstellungen der linken Seite dieses Rates aus der Welt zu schaffen. Sie sprechen immer wieder, auch in der Fraktionserklärung, von Ausgabensenkungen. Es ist korrekt, dass wir mit der Rückweisung die Regierung auffordern, den Rotstift hervor zunehmen. Basis für diese Rotstiftübung ist aber die Korrektur ihres Voranschlags, den sie uns unterbreitet hat und nicht die Ausgaben, die unser Rat im letzten jährigen AFP beschlossen hat. Entsprechend ist es falsch, bei dieser Übungsanlage von Sparen oder sogar vom Rasenmäher zu sprechen. Wer das tut, versteht das Ganze nicht oder streut unserer Bevölkerung bewusst Sand in die Augen. Sie unterstellen uns, dass wir mit der Rückweisung verantwortungslos handeln. Das ist inhaltlich falsch. Ich zitiere unseren Regierungsrat beim gestrigen Antrag zum Kriminalgericht, als der Gerichtspräsident die Erhöhung des Budgets begrüsste: «Wir machen ein Globalbudget und das Gericht soll darin priorisieren.» Genau diese Priorisierung verlangen wir vom Regierungsrat seit Jahren. Die Kritik ist aber auch politisch falsch: Seit zehn Jahren übernehmen die bürgerlichen Parteien in diesem Rat Verantwortung in der Finanz-, Steuer- und Standortpolitik. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass wir das wahrscheinlich nicht so falsch gemacht haben. Aber seien Sie doch mit Blick auf diese letzten Jahren ehrlich: Egal, welche Anträge wir in diesem Rat stellen, egal, wie der konkrete Rückweisungsantrag lautet, egal, ob Sie uns verstehen oder einfach nicht verstehen wollen: Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der SP und der Grünen, Sie sind in allen Fällen dagegen. Wer seit Jahrzehnten den anderen Verantwortungslosigkeit unterstellt, ohne in der Finanzpolitik selbst Verantwortung zu übernehmen, handelt aus unserer Sicht leicht heuchlerisch. Der letzte Punkt: Sie kritisieren immer wieder alle Steuersenkungen der Zukunft, aber auch aus der Vergangenheit. Sie vergessen oder unterschlagen bewusst, dass wir bei der letzten Steuergesetzrevision ausgerechnet eine Korrektur der tiefen Einkommen – Stichwort degressiver Steuerabzug – und eine Entlastung von Familien – Stichwort Erhöhung Kinder und Unterhaltabzug – vorgenommen haben. Hier wünsche ich mir etwas mehr Realitätssinn. Mit der Rückweisung nehmen wir das Finanzheft wieder in die Hand unseres Rates und leisten einen wichtigen Beitrag zum Masshalten und gegen ein überhastetes Hüst und Hot in der Finanzpolitik. Die Ablehnung des AFP ist die sachlogische Folge der Rückweisung des Budgets. Die Mitte-Fraktion ist überzeugt, dass wir im Dezember ein Budget mit einem moderaten und nicht übertriebenen Ausgabenwachstum verabschieden können und hofft, dass wir in einem Jahr wieder einen genehmigten AFP haben.

Für die SVP-Fraktion spricht Rolf Bossart.

Rolf Bossart: Als der Antrag für eine wiederholte Fraktionserklärung vorlag, sagte ich zu Hause am Familiertisch: «Gurkensalat». Dieses Wort benutze ich immer dann, wenn ich mit der Situation ausserordentlich unzufrieden bin und damit ich keine anderen Wörter

verwende. Gurkensalat auch deshalb, weil man wiederholt die Schuld den anderen in die Schuhe schiebt. Ich war die letzten 30 Jahre als Unternehmer tätig. Selbstverständlich hat der Verwaltungsrat nicht alle meine Vorschläge gutgeheissen, ob das nun im September, Oktober oder im November war. Ich wurde zurückgefiffen, mir wurde erklärt, wie breit die Strasse ist und was ich zur Verfügung habe und dass ich damit zurecht kommen muss. Wir tun hier nichts anderes. Wir haben seit mehreren Jahren etwas zurückgewiesen und darauf aufmerksam gemacht, was die Regierung in den Planjahren hätte berücksichtigen können. Das war wirkungslos und wurde nicht ausgeführt. Hätte ich das als Unternehmer getan oder am Familientisch etwas gesagt, was ich nicht einhalte, wäre ich als CEO schnellstens entlassen worden. Aufgabe nicht erfüllt, Ende der Durchsage. Wir schieben hier hin und her, wie wir das Geld ausgeben könnten. Ein Lehrmeister hat mir einmal gesagt: «Rolf du kannst ein Velo oder ein Moped kaufen, wenn du den doppelten Beitrag gespart hast. Du weisst nämlich nicht, was übermorgen sein wird.» Das habe ich auch meinen drei Kindern mit auf den Weg gegeben. Sie haben mich auch gefragt, was unser Rat eigentlich macht. Ihnen wäre die Zeit dazu zu schade. Ich habe zwar als Unternehmer, als Politiker in der Gesellschaft tätig und frondienstleistend grosses Verständnis für die Anliegen. Aber ich habe Mühe damit, wenn gebetsmühleartig gesagt wird, was der andere falsch macht und man selbst nicht in den Spiegel schaut. Nun nehme ich aber meinen Auftrag als Fraktionspräsident wahr. Rückweisung gleich Chance, so sehe ich das auch bei einem Unternehmen und man muss deswegen auch nicht hyperventilieren. Die Regierung wusste rechtzeitig, im September, worum es geht. Ich habe diesem Rat schon angehört, als wir der Regierung im Dezember mitgeteilt haben, was uns nicht gefällt. Damals kam es zu einem budgetlosen Zustand. Ich kann mich sehr gut an die etwa 118 Massnahmen erinnern. Damals hatte ich auch Schlafprobleme und das Personal aller Departemente hat mir leid getan. Von mir hören Sie keine Namen oder links oder rechts, sondern hier spreche ich als Unternehmer und zeige, wie ich mich fühle. Ich habe wirklich grosses Verständnis für alle Anliegen. Mein Lehrmeister hat mir noch etwas anderes mit auf den Weg gegeben: «Spare nicht, was nach den Ausgaben übrigbleibt, sondern gib aus, was nach dem Sparen übrig ist.» Man muss langfristig denken, also fünf bis zehn Jahre, wenn man fortschrittlich sein und keine Sparmassnahmen mehr will. Vor einem budgetlosen Zustand müssen wir uns nicht fürchten, ich habe volles Vertrauen, und weiss, dass bereits alle mit der Arbeit begonnen haben. Wir haben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass Mehrausgaben mittel-bis langfristig zu massiven Kostensparmassnahmen führen. Vor allem dann, wenn wir gleichzeitig das Personal hochfahren für Projekte usw. und damit auch die Flexibilität einschränken. Trotz der Nicht-Genehmigung des AFP wurde das gesendete Signal grösstenteils ignoriert und wirksame, messbare Massnahmen wurden weggelassen. Auftrag nicht angenommen, nicht ausgeführt – zumindest finden wir dies weder im Voranschlag noch im AFP abgebildet. Zur Erinnerung: Die SVP hat in den letzten Jahren auf folgende Fakten hingewiesen: Ein überdurchschnittliches, kontinuierliches Stellenwachstum kann nur schleppend wieder verringert werden. Das kennen wir. Es werden Projekte gestartet, die haben einen Namen und wurden von unserem Rat bestellt. Die Regierung setzt das um, was wir bestellen. Aber das Personal und die Projekte können nicht einfach am Tag X wieder zurückgefahrt und das Personal entlassen werden. Deshalb müssen wir diesbezüglich nachhaltig und langfristig denken. Wir haben einen Überhang an Projekten und eine Reform jagt die andere, auch im Bildungswesen – das braucht verständlicherweise zusätzliche Ressourcen. Die Weltwirtschaftslage kann die Steuereinnahmen stark beeinflussen. Das wissen wir, heute ist es so morgen vielleicht anders. Der Staat hat Aufgaben zu erfüllen, damit das Staatswesen funktioniert – nicht mehr und nicht weniger. Fazit: unsere Hinweise (AFP-Bemerkungen)

zeigten keine bis wenig Wirkung – konsequenterweise muss der Voranschlag mitunter dem AFP überarbeitet und im Dezember neu beraten werden. Ansonsten wirken wir als Parlament unglaublich. In diesem Zusammenhang besteht kein Grund zur Panik oder Angstmacherei bezüglich einem möglichen budgetlosem Zustand. Genau aus diesem Grund wurde ja die ganze Debatte von der Dezember-Session auf die Oktober-Session vorverlegt. Dazu kommt, dass der Regierungsrat wie schon erklärt bereits im September entsprechend informiert wurde und seit diesem Datum daran arbeitet. Die Anbindung an die realwirtschaftlichen Wachstumszahlen ist aus unserer Sicht elementar und zwingend einzuhalten. Es ist Aufgabe der Regierung, also der operativen Ebene, aufzuzeigen, wo und wie sie die zur Verfügung stehenden Mittel unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben einsetzt. Wir sind zuversichtlich, dass wir im Dezember eine akzeptable Vorlage erhalten.

Für die FDP-Fraktion spricht Patrick Hauser.

Patrick Hauser: In den letzten zehn Jahren haben wir unsere finanzpolitische Situation massgeblich verbessert. Die von der FDP massgeblich mitgestaltete Finanz- und Steuerstrategie hat zu einer beachtlichen Verbesserung der Situation und zu mehr Handlungsspielraum geführt. Dazu müssen wir auch weiterhin Sorge tragen, insbesondere in Zeiten von zunehmender Unsicherheit. Denn aus der Vergangenheit haben wir gelernt, wie schnell sich die finanzpolitische Ausgangslage eintrüben kann. In den vergangenen Jahren hatten wir in diesem Rat wiederholt zu einem weniger starken Ausgabenwachstum und zu einer klareren Prioritätensetzung seitens der Regierung aufgerufen. Dies ist in den entsprechenden Bemerkungen unseres Rates zu den früheren AFP nachzulesen. Vor einem Jahr gab es seitens der FDP ein Lob für die weitestgehende Umsetzung der Beschlüsse unseres Rates aus dem Jahr 2023. Mein Vorgänger konnte sogar die solide Arbeit der Regierung und der Verwaltung loben. Scheinbar hat das fast so etwas wie Übermut aufkommen lassen. So erscheint es uns wenigstens, wenn wir den aktuellen AFP mit der letztjährigen Ausgabe vergleichen. Insbesondere fällt die massive Veränderung des letztjährigen Planjahres 2026 zum diesjährigen Voranschlagsjahr 2026 auf. Auf die Details wurde in den letzten Stunden bereits vertieft eingegangen. Wir profitieren nun auch vom vor einigen Jahren vorausschauend vorverlegten Beratungstermin des AFP. Das erlaubt es uns heute, den Voranschlag zurückzuweisen, ohne gezwungenermaßen in einen budgetlosen Zustand zu geraten. Das war früher nicht so. Die Regierung hat nun Zeit, uns bis zur nächsten Session einen revidierten Voranschlag vorzulegen, der beweist, dass der Wille vorhanden ist, die Beschlüsse unseres Rates ernst zu nehmen und umzusetzen. So kann auch die Regierung zeigen, dass sie nicht an einem budgetlosen Zustand interessiert ist. Entgegen der öffentlich geäussernten Meinung geht es dabei weder um eine Methode aus der Gartenpflege noch um Sparpakete. Es geht einzig und allein darum, das Wachstum bei Stellen und Ausgaben weniger schnell ansteigen zu lassen als im vorliegenden AFP abgebildet. Es wird also gegenüber dem Jahr 2025 immer noch ein Wachstum geben. Die FDP hat auch klar zu erkennen gegeben, welche Bereiche von Kürzungen ausgenommen werden sollen. Hier geht es erstens um die Mobilitätsfinanzierung, zweitens um die Standortförderung und drittens um die Sicherheit mit Polizei, Strafverfolgung und den Gerichten. Die Ergänzungssteuer zur OECD-Mindeststeuer wird in absehbarer Zeit hoffentlich fliessen. Mit diesen zusätzlichen Mitteln sollen gezielt Massnahmen finanziert werden, welche zur noch grösseren Attraktivität des Kantons Luzern beitragen. Das gilt sowohl für natürliche Personen wie auch für Firmen. Auch hier gilt es wieder sorgsam mit den Geldern umzugehen. Momentan laufen wir fast Gefahr, dass jeder zusätzlich erwartete Einnahmefranken mehrfach ausgegeben werden soll, bevor er beim Kanton ankommt. Als Fazit bleibt mir nur der Aufruf zum sorgsamen Umgang mit unseren Staatsfinanzen. Bleiben wir auf dem Weg der Tugend, damit auch in Zukunft

zielgerichtete Ausgaben durch unseren Kanton getätigt werden können. Somit fordere ich Sie auf, Verantwortung zu übernehmen: Weisen wir den Voranschlag zurück, damit uns bis zur Dezember-Session die angepasste Variante vorgelegt werden kann. Weisen wir den AFP zurück, damit uns bis zur nächsten ordentlichen Beratung im kommenden Herbst das nächste Planwerk vorgelegt werden kann, welches den Willen unseres Rates aufnimmt. Beraten wir über die Finanzierung der Aufgaben und den Steuerfuss in der Dezember-Session unseres Rates.

Für die GLP-Fraktion spricht Mario Cozzio.

Mario Cozzio: Letztes Jahr zu diesem Zeitpunkt standen wir noch vor der Annahme des Voranschlags, des AFP und der Steuersenkung, jetzt sieht die Welt ganz anders aus. Verrückt, was innerhalb eines Jahres geschehen kann. Der diesjährige AFP wird wohl nicht genehmigt und das Budget auf eine Extrarunde durch sämtliche Verwaltungs- und Parlamentsebenen gejagt. Immerhin der Steuersenkung dürfte grünes, oder eher grünliberales, Licht erteilt werden. Ja, dem Kanton Luzern geht es gut, das laufende Jahr wird voraussichtlich sehr positiv ausfallen. Die Steuererträge bei juristischen und natürlichen Personen steigen. Positiv würdigen möchten wir, dass der Investitionsstau bei Infrastrukturprojekten angegangen wurde und entsprechend Mittel eingestellt wurden. Zu viele Projekte gleichzeitig anzugehen verursacht hohe Schulden, aber auch zu wenige bis keine Projekte umzusetzen verursacht Schulden, und zwar zulasten der kommenden Generationen. Was nicht ausreichend Gewicht erhalten hat, und das ist mittlerweile fast ein Dauerbrenner, ist der Klimaschutz. Dieser bleibt weiterhin unterfinanziert. Dass unsere Ausgaben mittel- bis langfristig massiv stärker steigen als unser Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum, das können auch wir nicht länger billigen. Der AFP gehört überarbeitet – aber für uns Grünliberale gilt, und deshalb haben wir uns bei der Detailberatung entsprechend verhalten: Planungsberichte, Beschlüsse und überwiesene Vorstösse sind nicht wichtig, sondern behalten ihre Gültigkeit. Es liegt in unserer Verantwortung, die Umsetzung zu verfolgen und zu kontrollieren. Es liegt ebenfalls in unserer Verantwortung, diese Beschlüsse in der kommenden Debatte über das neue Budget und die künftigen AFP zu überprüfen. So werden wir in den Kommissionen und im Rat ein besonderes Augenmerk darauf haben. Hingegen das Budget zurückzuweisen, das können wir nicht unterstützen. Was wir nach wie vor nicht verstehen, auch nach dieser langen Diskussion: Sie genehmigen den AFP nicht und weisen das Budget zurück. Sie geben jeweils den Auftrag zur Überarbeitung, aber alle politisch gewollten Ausgabesteigerungen sollen gemäss Eintreten und einer nicht abschliessenden Liste der Mitte davon ausgenommen werden. Der Antrag aus der PFK nennt aber nach wie vor drei Bereiche, und die weiteren Bereiche sollen einem Kürzungsrundumschlag ausgesetzt werden. Was ist denn jetzt der eigentliche Wille? Ist die Aufzählung im Antrag der PFK nun abschliessend oder nicht? Und falls nein: Wo findet man den genauen Auftrag zur Anpassung des Budgets? Was soll gestrichen oder reduziert werden – ob als Kürzung oder als weniger hohe Ausgabe? Handelt es sich sogar um einen gewollten Freipass für den Finanzvorsteher, um bei für ihn unpasslichen Bereichen den Rotstift ansetzen zu können? Was jetzt betreffend Budget nämlich effektiv passiert: Der Kantonsrat nimmt sich komplett aus der Verantwortung, indem er gemäss Fraktionspräsident der Mitte im Dezember sowieso Ja zum Budget sagen wird. Wir wollen ja keinen budgetlosen Zustand. Mit dieser Haltung sind wir als Kantonsrat obsolet und könnten theoretisch gleich in den Feierabend gehen. Geschätzte Damen und Herren, und vor allem diejenigen der drei rechten Parteien: Das Budget zurückzuweisen und innerhalb kürzester Zeit überarbeiten zu lassen, ist nichts anderes als schräg. Und dabei nicht explizit zu benennen – oder vermutlich eher nicht explizit benennen zu wollen, was gekürzt werden soll, ist alles andere als verantwortungsvoll. Und das notabene bei einer glasklaren Mehrheit in der Regierung und einer

Zweidrittelsmehrheit im Parlament der drei Parteien. Offenbar ist es nicht gelungen, dass sich die Regierung und die dazugehörigen Parteien genügend ausgetauscht haben. Dabei geht es mir weniger darum, dass sich Regierungsmitglieder nicht mit ihrer Fraktion einig sind – das ist im Kollegialitätsprinzip immer wieder möglich. Irritierend ist für uns, dass nicht klar ist, wie der Regierungsrat das Ergebnis der langen Ratsdebatte umsetzen soll. Dass man sich über die Partiegrenzen hinweg nicht versteht oder nicht einig ist, kann ja sein. Wir würden es aber begrüssen, wenn zumindest innerhalb der Partei ausdiskutiert wird, wie die Regierung im konkreten Fall die Nicht-Überweisung der Schutzschild-Bemerkungen umsetzen wird. Wenn der Finanzdirektor einzelne Bemerkungen zur Annahme empfiehlt, diese Bemerkungen aber gemäss Mitte-Partei nicht notwendig sind, dann irritiert dies und ist einem geregelten Ratsbetrieb alles andere als dienlich. Das haben wir alle bemerkt. Einzig die eigenen Vorstösse, Partikularinteressen oder Begehrlichkeiten, welche als Zitat «politisch gewollte Ausgabensteigerungen» verpackt werden, von den Kürzungen auszunehmen, erinnert schon eher an ein massives Powerplay als an eine effektiv sinnvolle Optimierung eines Budgets.

Hand aufs Herz: Leiden wird die Umwelt, leiden wird das Sozialwesen, leiden werden zukunftsorientierte Bereiche wie die Digitalisierung und der Datenschutz und leiden wird insbesondere auch die Verwaltung. Wir generieren mit der Rückweisung einen massiven Mehraufwand – und das führt kaum zu den erwünschten, nachhaltigen Kostenminderungen. Warum arbeiten Menschen in der Verwaltung? Oftmals ist es mit ein Grund, dass sie eine sinnhafte Tätigkeit suchen, um ihre Zeit für das Wohl der Gesellschaft einsetzen zu können. Mit diesem überhasteten Schnell-Überarbeitungsauftrag an die Verwaltung senden wir aber ein komplett anderes Signal. Es ist also auch im Sinn der Wertschätzung gegenüber der Arbeit in der Verwaltung ein verheerend schlechtes Signal, den Voranschlag zurückzuweisen. Erst recht, wenn bei Einzelanträgen wie der Änderung der Berechnung der Schulliegenschaftsfinanzierung lang geplante Änderungen kurzerhand auf Feld 1 zurückgesetzt werden sollen. Und dies nur mit der Begründung, weil es zu Ungunsten der Gemeinden ist. Wir regen deshalb inständig an, in der Extrarunde der Budgetverhandlungen den gesamten Kontext und das Wohl des Kantons stets als Leitsatz zu verwenden. So viel wie nötig, so wenig wie möglich: Geld horten ist nicht unsere Aufgabe als Kanton. Trotzdem sollen Investitionen und Ausgaben immer kritisch hinterfragt und sorgfältig getätigter werden. Ja, in finanziell positiven Zeiten die Ausgabenkeule unüberlegt zu schwingen, ist nicht zielführend. Das Budget aber zurückzuweisen, innert kürzester Zeit eine komplette Überarbeitung erreichen zu wollen und damit sogar einen budgetlosen Zustand zu riskieren, ist aber ebenso wenig zielführend. Wir Grünliberale stehen für seriöse und verlässliche Finanzpolitik – für unsere Bevölkerung und die Wirtschaft, heute und morgen.

Der Rat stimmt dem Antrag auf Rückweisung mit 80 zu 35 Stimmen zu.

Gisela Widmer Reichlin: Damit haben Sie den Voranschlag 2026 an den Regierungsrat zurückgewiesen. Wir werden den neuen Voranschlag in der Dezember-Session 2025 beraten. Die Abstimmung zum Kantonsratsbeschluss über die Festsetzung des Steuerfusses für die Staatssteuern im Jahr 2026 wird ebenfalls auf die Dezember-Session verschoben.